



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

112 (7.3.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-208306](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-208306)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung 100, im Rest des Reichs 120, im Ausland 150. Postgebühr 100. Abonnement: Vierteljährlich 3,00, halbjährlich 5,50, jährlich 10,00. Einzelhefte 10 Pf. Druck- und Verlagsanstalt: Mannheimer General-Anzeiger, Postfach 100, Mannheim. Telefon: 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120. Telegramm-Adressen: General-Anzeiger Mannheim, General-Anzeiger Mannheim.

Anzeigerpreise: Bei Dauerabnahme die II. Seite M. 100.-, III. Seite M. 80.-, IV. Seite M. 60.-, V. Seite M. 40.-, VI. Seite M. 20.-. Bei Einzelabnahme die I. Seite M. 150.-, II. Seite M. 100.-, III. Seite M. 75.-, IV. Seite M. 50.-, V. Seite M. 25.-. Bei Einzelabnahme die I. Seite M. 150.-, II. Seite M. 100.-, III. Seite M. 75.-, IV. Seite M. 50.-, V. Seite M. 25.-. Bei Einzelabnahme die I. Seite M. 150.-, II. Seite M. 100.-, III. Seite M. 75.-, IV. Seite M. 50.-, V. Seite M. 25.-.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Modezeitung, Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

### Die Aussprache über die Kanzlerrede

7. Berlin, 7. März. (Von unv. Berl. Büro.) Im Reichstag begann heute die Aussprache über die gestrige Kanzlerrede. Nach der als erster Redner Dr. David das Wort nahm, konnte der Reichstagspräsident Ebelde den einen

neuen beifriedlosen Hebergriff der Rheinlandskommission berichten, die nachstade nur nach der Bräutigam und Hausfrau für Frankreich und Belgien zu sein scheint. Die Rheinlandskommission hat nämlich, wie schon kurz berichtet, die -seltene Ausweisung- des demontierten Reichstagsabgeordneten Herrero Korrell beabsichtigt. Die Kommission Korrell muß das bestrittene Gebiet binnen 4 Tagen geräumt haben. Der Grund ist ein angeblicher Hebergriff, den Korrell gegen die Grenze geführt hätte. Herr Ebelde deutete das mit Recht unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses dahin aus, daß der Abgeordnete Korrell keine Pflicht gegenüber Deutschland und gegenüber seinem Wahlkreis erfüllt hätte.

Dann sprach für die Sozialdemokratie Dr. David Jappert, entliehen, in neuer deutscher Gesinnung durchaus der Wortführer jener politischen Kreise, die in der Erkenntnis dessen, was national, sich auch internationaler Ideologien nicht irren lassen läßt. Dr. David behauptete den Satz: Mit einem Frankreich, das nur Reparationen und Forderungen, können wir jeden Tag verhandeln, mit einem Frankreich, das uns mit Barbarei und Krieg überzieht und Deutschland zerstören will, niemals.

### Das Echo in Paris

Soweit in den heutigen Pariser Morgenblättern die Rede bereits besprochen wird, bemüht man sich, die im ersten Teil enthaltenen Beschuldigungen zurückzuführen. In den meisten Zeitungen wird die Erklärung Dr. Cunos hervorgehoben, daß Deutschland eine freie, ehrenhafte Verständigung wünsche. Einige Blätter haben jedoch die Antifälschung der Fortsetzung des politischen Abverständnisses für die Hauptfrage.

Der „Rein Parisien“ findet in der Rede nicht das, was erwartet wurde. Das Vordere sei ebenso verfehlt wie verspätet. „Parisien“ stellt in einem gewissen Behaupten fest, daß in der Rede keine positiven Vorschläge gemacht seien. Die Rede könne vielleicht durch die Rede in seiner Beziehung geändert werden. Hierbei bemerkt sich mit der Erklärung, Frankreich habe auf die Rede Dr. Cunos im Voraus geantwortet, weil es beabsichtigt, die Jahresklasse 1921 unter dem Rahmen zu schließen.

Genau so bezeichnet die Rede als den verfallenen Appell zu Verständigungen. Der Reichstagspräsident hat sich trotz allem, das man anerkennen, das Kriegsgeld zu schließen, mit dem, was man übersehen habe, er Frankreich habe doch wollen. Er hätte aber auch gleichzeitig an, daß das Volk seinen passiven Widerstand solange fortsetzen werde, wie es nötig sei. Aber er befragt, hinzuzufügen, daß er die freundschaftliche Regelung der Reparationsfrage wünsche und daß er geneigt sei, mit Frankreich ein Reparationsabkommen zu schließen. Das sei das Kennzeichen eines Mannes und eines Volkes, die Absicht habe, eine ausländische Delegation herbeizuführen, damit Verhandlungen geschlossen, in einer friedlichen Lösung zu kommen und Zwangsmaßnahmen ein Ende zu bereiten, deren Wirkungen er schädlich fürchtete.

Vertinart schreibt im „Echo de Paris“, Frankreich müsse unerlässlich darauf beharren, daß mit Hilfe des Ruhrgebietes und des linken Rheinufers ein Reparationsplan geschaffen werde, das vollständig (1) sein werde, aber doch immer besser als alle anderen. Die Forderung werde aufrecht erhalten bleiben. Es liege aber an Deutschland, sie auf den Stand vom 11. Januar zurückzuführen, wenn nämlich Berlin vorzögen würde, daß anstelle der Kontrolle des Generals Degoutte die Kontrolle des Ingenieurs Coste trete.

Vertinart scheint in derselben, daß es sich nach den wiederholten Erklärungen der französischen Regierung nicht lediglich um eine Kontrolle durch den „Ingenieur“ Coste handeln kann, dem zur Sicherheit einige Bataillone beigegeben wurden. Leider hat die Entwidlung dieses Abnahmestadiums gezeigt, daß es sich weniger um eine „Sanction“ zur Sicherung der Reparationsleistungen handelt, als um eine politische Aktion mit dem Einverständnis der deutschen Regierung. Das linke und rechte Rheinland. Der Reichstagspräsident hat den erklärten Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht, in diesen Willen zu handeln, aber Frankreich endlich den ehrlichen Willen Deutschlands zu einer freien Verständigung unter gleichberechtigten Seiten und auf wirtschaftlich nützlichen Grundlagen anerkannt. Eine Forderung, wie Vertinart sie ausspricht, würde keine Voraussetzung nicht schaffen. Für Deutschland kann es sich deshalb nur um die restliche Klärung des Ruhrgebietes handeln.

### Der Einbruch in England

Ueber die Stellungnahme der englischen Presse liegt schließlich eine Auffassung der „Times“ vor, die erklärt, es sei wahrscheinlich, daß der Verfall der Reparationsleistungen werden müsse, aber dieser wichtigen komplizierten Operation müsse eine Diskussion auf breiter internationaler Grundlage vorausgehen.

### Die Ruhefrage im englischen Unterhaus

Auf einige Anfragen im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lord Curzon, die Eisenbahnen in der britischen Zone auf dem rechten Rheinufer würden unter britischer Kontrolle stehen. Die Hebergräbe die die französische Kontrolle sei nicht vorgesehen. General Gadow sei nach London geschickt, um der Regierung die Bedingungen einer provisorischen Abmachung vorzulegen, die mit General Degoutte über den Transport französischer Truppen getroffen wurde.

Lord Robert Cecil antwortete in der Debatte dahin, er habe die vorgeschlagenen Schritte für ungenügend um die Ruhefrage zu verbessern. Verhandlungen dieser Art würden dazu beitragen, die Einberufung zu vermeiden und das französische Volk würde sich hinter seine Regierung scheren. Großbritannien und Frankreich stehen heute gegenüber. Frankreich vertritt einen neuen Friedensvertrag, ohne die Verhältnisse anzunehmen. Die jetzigen Verhältnisse können das erste Kapitel eines Abkommens und müßten zu einem Krieg führen, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen werde.

Macdonald brachte kurz nach 4 Uhr den bekannten Antrag der Arbeitervorteil nach Zustimmung interparteilicher Kommissare in England, Frankreich und Belgien zur Prüfung der Ruhefrage ein und erklärte dabei u. a., Deutschland sei heute wichtiger wiederherstellungsfähig als vor der Ruhefrage. Wenn man die Ruhe mit Beharrlichkeit durchsetze, ohne einen Fehler zu machen und das Gedächtnis heranzustellen und sei verloren. Lord Curzon erklärte auf die Ausführungen Macdonalds, in der Politik der Regierung sei keine Veränderung eingetreten. Er glaube in diesem Augenblick nicht, daß ein Eingreifen Englands nötig wäre. Ein solches Eingreifen würde von Frankreich als

### Der Preisabbau

Wie amtlich mitgeteilt wird, will die Reichsregierung den Weg des Preisabbaus einschlagen, weiter verfolgen. Eine Erhöhung des Staatspreises soll nicht eintreten. Von einer Erhöhung der Frachttarife soll abgesehen werden. Ueber eine Verbilligung von industriellen Grundstoffen sind Untersuchungen im Gange. Eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise soll nicht erfolgen. Die Preise für Düngemittel sind um 10 Proz. herabgesetzt worden. Mit weitesten Verbilligungen ist zu rechnen. Eine Senkung der Baustoffpreise ist durchgesetzt. Die Preiswelle dürfte aber nicht durch Lohnhöhungen von neuem nach oben getrieben werden. Die Erkenntnis machte, daß höhere Papierpreise zwar die Warenpreise steigern, aber eine Verbesserung der Lebenshaltung nicht zur Folge haben.

Kein Schritt aufwärts werden. England sei nicht bereit, einen solchen Versuch zu unternehmen. Die Wiederherstellung der Unterhauves wurden von der Regierung geteilt. Solange Frankreich an dem Bündnis festhält, sein Druck auf Deutschland könne irgend eine Wirkung haben, sei eine englische Vermittlung nutzlos. Die Erörterung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Die Erschießung des Bahnwärters Herold

7. Berlin, 7. März. (Von unv. Berl. Büro.) Der Ausfallbahnwärter Franz Herold, der auf dem Hauptbahnhof in Essen tätig war, ist, wie schon kurz berichtet, am 3. März von französischen Soldaten erschossen worden. Herold hat sich zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags nach der Bahnwärterkammer in der Nähe der Schloßbergstraße begeben, um dort die bei seiner Vertreibung zurückgelassenen Sachen abzuholen. Während er den Bahnhöfen überprüfte, wurde er gefesselt und abgeführt. Durch zwei Augenzeugen wurde beobachtet, daß Herold seinen Regenmantel ausziehen mußte und weitergeführt wurde. Es fielen sodann 7 Schüsse. Nach diesen oergerlichen Bemühungen der Angehörigen Herolds bei der Kommandantur in Essen gelang es endlich festzustellen, daß der Tod Herolds durch Erschießen durch die französischen Soldaten erfolgt ist. Der Tote hatte einen Schnitt durch den Mund erhalten. Er war oerheiratet und hinterließ drei Kinder. Die Herausgabe der Leiche wurde von den französischen Behörden verweigert.

In einem an Degoutte geschickten Schreiben der Eisenbahnerverbände heißt es u. a.: „Der ganze Vorgang stellt sich uns als ein ganz unerhörtes Verbrechen dar. Wir fragen Sie, ob die französische Soldat das Recht hat, einen wahren Menschen zum Tode zu verurteilen und dieses Urteil zu vollziehen. Wir protestieren gegen diesen unerhörten Fall, der unsere innere Reinheit verfehlt hat und verurteilen. Da dieser Vorfall genau untersucht wird, und er suchen um Mitteilung, was Sie in diesem Falle zu tun gedenken.“

### 1/2 Million Geldstrafe und ihre „Begründung“

Der „S. Z.“ wird aus Essen gemeldet: Das französische Kriegsgericht hat die Frau des Beigeordneten Kohler zu 500 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie -sowohl als ihr Mann- französische Soldaten, die angeblich in ihrer Privatwohnung telefonieren wollten, den Eintritt in der Wohnung verweigert hatten. Der Beigeordnete selbst wurde freigesprochen.

### Der Kampf gegen die Schupo

In der vergangenen Nacht ist das Rathaus in Rühlheim besetzt worden. Die Franzosen schwenken die Fahnen ein und drängen in die Räume ein. Gegenüber wurde die Kaserne umstellt, doch hatten die Schupo-Einheiten bereits in der Nacht vorher die Kasernen und die Stadt verlassen.

Der Besatz der Franzosen ist vorwiegend zum Stillstand gekommen. Befehl sind die Oze Wipparsfürst, Graf von und Grafenberg, dagegen nicht Kommande. In allen diesen Dingen sind Schupo-Einheiten eingesetzt worden. Die Besetzung Dieringhausers, eines sehr wichtigen Eisenbahnknotenpunktes im Rheinland, ist nicht beendet.

In Sochum scheint wieder eine besondere Aktion demagogischen. Der Stadt wurde eine Kontribution von 15 Millionen Reichsmark auferlegt, offenbar als „Sanction“ für die angebliche Verhöhnung französischer Zivilisten am Hauptbahnhof, die bis heute noch nicht erwiesen ist. Da die Stadt sich in eigener Hand, die Summe zu erlegen, beabsichtigt man ein ähnliches Vorgehen der Franzosen wie in anderen Orten.

### Die französische Propaganda bei der Arbeit

Die Franzosen waren gestern 3 Stunden in der vergrößerten Bochumer Handelskammer damit beschäftigt, die Einrichtungsgegenstände wieder an den Weg zu stellen, den sie vor dem Besatz innehaben. Nach der von den Franzosen vorgenommenen „Wiederherstellung“ wurden photographische Platten angefertigt.

Die Franzosen haben im neubekanntem Gebiet einen eigenen Nachrichtenendienst eingerichtet. Das Blatt, das unter dem Titel „Nachrichtendienst“ erscheint, wird in Düren gedruckt. Es enthält Veröffentlichungen über die Beschaffung von Eisenbahnmateriale, Beschäftigten, Entgegenkommen auf die Erklärungen der Regierung usw. Das Blatt wird auf großen Tafeln in den Städten zum Aushang gebracht.

### Neue Verwicklungen im Orient

Nach einer Sondermeldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Ankara beschlossen, den Lausanneer Friedensvertragsentwurf zurückzuweisen. Die Nationalversammlung weist alle Verantwortung für den Fall, daß die Großmächte auf der Annahme bestehen würden, zurück. Sie will jedoch die Verhandlungen für den Friedensschluß unter folgenden Bedingungen fortsetzen: Die Resolutionen, die von dieser Bedeutung ist, wird in einer gewissen Periode ergriffen werden, die finanziellen, wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen müssen entsprechend der veränderten Unabhängigkeit der türkischen Nationalität geordnet werden. Die besetzten Gebiete müssen nach Unterzeichnung des Friedens schnell geräumt werden.

### Aus dem badischen Einbruchgebiet

#### Verkäufungen für den Karlsruher Hafen

7. Karlsruhe, 7. März. (Eig. Ber.) Heute früh sind über die Kaiserbrücke einige Lastautos gekommen, die teils mit Soldaten besetzt waren, teils Material führten. Der Transport dient vermutlich zur Verstärkung der französischen Besatzung an der Zolllinie. — Inzwischen ist auch der zwischen Wargau und Karlsruhe liegende Ort Knielingen besetzt worden. Die Besetzung von Wargau erfolgte durch 50 Karolinger, die im Bahnhof untergebracht sind. In Knielingen sind 50 Franzosen mit 3 Offizieren eingetrückt, die in der Turnhalle Quartier bezogen haben. Die Auforderung der französischen Offiziere an den Bürgermeister, zu Unterhandlungen auf die Straße zu kommen, wurde mit der Ermüdung abgelehnt, der Bürgermeister sei auf seinem Amtszimmer zu sprechen. Die Offiziere suchten darauf den Bürgermeister in seinem Amtszimmer auf, wo sie von ihm verlangten, daß er mit ihnen im Ort Quartiere suche. Um die Interessen der Gemeinde zu wahren, erklärte sich der Bürgermeister hierzu bereit.

Da schon seit Wochen kein Kohlenschiff mehr infolge der Blockade der Rheinschiffahrt durch die Maßnahmen der Franzosen im Karlsruher Rheinhafen eingelaufen ist, so waren die Kohlenvorräte an und für sich schon gering. Der größte Teil der noch vorhandenen Kohlenvorräte war in der letzten Zeit wogehaft worden. Auch Getreide ist in letzter Zeit nur wenig angekommen. Der Holz liegt noch in größeren Mengen im Hafen, das zum größeren Teil Holländern gehört. Die von den französischen Posten am Rheinhafen vorgenommene Kontrolle ist sehr streng, es kann nichts aus dem Hafen gebracht werden, ohne daß es von den Franzosen genau durchsucht worden ist.

#### Ueber das Schicksal des Offenburger Oberbürgermeisters

Holler, der von den Franzosen verhaftet wurde, weil er es abgelehnt hatte, die Offenburger Polizei unter französischer Besatzung zu stellen, wird der „Bad. Presse“ berichtet, daß dem Verhafteten, Rechtsanwalt Baumann in Bad Dürkheim, sein kluger Anwalt noch nicht bekannt ist. Wahrscheinlich ist Holler im Militärgefängnis in Landau. Rechtsanwalt Baumann hat auch die Verteidigung des Offenburger Gendarmieremachtmehlers Keller übernommen, der vor das französische Kriegsgericht gestellt werden soll, weil er sich ebenfalls weigerte, die Offenburger Gendarmen den Franzosen zu unterstellen.

#### Verhaftung französischer Agenten

Wie der „Schwarzwälder“ meldet, wurden auf dem Billinger Bahnhof aus einem Schuppen heraus drei Personen verhaftet, die verurteilt haben sollen, in der Gegend von Haslach unter den Eisenbahnen eine Werbestätigkeit für die feindliche Besetzung des Ruhrgebietes zu entfalten.

#### Der Diebstahl der Reichsbankmilliarden

7. Berlin, 7. März. (Von unv. Berl. Büro.) Die Reichsbankdirektion hat jetzt auf das Telegramm des Generals Degoutte, in dem dieser die Herausgabe der 12,5 Milliarden M. Reichsbankgelder verweigert und weitere Beschlagnahmen androht, geantwortet. Die Reichsbankdirektion weist den General Degoutte ausdrücklich darauf hin, daß die Reichsbank ein völlig freies, autonomes Privatinstitut ist, das mit etwigen Zahlungsunterlassungen der Reichsregierungsvormaltung nicht das geringste zu tun habe, auch nicht in irgendeiner Form mit seinem Privatkapital dafür haftbar wäre. Das Verfahren des Generals Degoutte verleihe nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen das Rheinlandabkommen. Die Reichsbank protestiert erneut gegen den Raub ihres Eigentums und besteht auf der Herausgabe des Geldes.

#### Badische Politik

\* Die nächste Landtagsitzung findet am kommenden Mittwoch, den 14. März, nachmittags 4-11 Uhr beginnend, statt. Auf der Tagesordnung stehen mehrere Gesetzentwürfe und Gesetze.

\* Der Landesparlament der deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), findet am 10. und 11. März in Bjarahelm im dortigen Museum und Saalbau statt. Am Samstag Mittag und Sonntag Vormittag finden die Beratungen der Parteivertretung statt, die den politischen Aufgaben der Partei und dem inneren Ausbau des Landesverbandes dienen. Am Sonntag Nachmittag werden in großer öffentlicher Versammlung bekannte Politiker wie Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Drnauer, Arbeitssekretär Rühner, Frau Annagret Schumann und General der Artillerie Dr. v. von Galtwitz über die politische Lage und die Pflichten, die jedem Deutschen aller Stände heute auferlegt sind sich ausprechen. (Rühners im Anzeigerbeilage der vorliegenden Ausgabe).

#### Letzte Meldungen

##### Ein Anschlag gegen die bayerische Verfassung

München, 7. März. Die Polizeidirektion München teilt mit: An amtlicher Stelle ist Ende Februar bekannt geworden, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die außerhalb der politischen Parteien stehen, den Entschluß gefaßt hatten, in allerhöchster Zeit eine Veränderung der bayerischen Verfassung herbeizuführen. Bislang wurden fünfzehn Verhaftungen vorgenommen. Von den Festgenommenen wurden sieben dem Gericht überstellt, während die übrigen nach Feststellung des Sachverhalts aus der Polizeigewalt entlassen wurden. Die Hauptangeklagten sind Professor Georg Fuchs und der Appellmeister Hugo Raabhaus, beide aus München. Weiter teilt die Polizeidirektion mit: In der Reichsratswahl nach dem Tod von Reichsrat Dr. Kuchel, der frühere rechtskundliche Stadtrat Dr. Kuchel festgenommen, jedoch nach einigen Stunden wegen Mangels an Beweismaterial wieder entlassen. Inzwischen hat sich Dr. Kuchel in seiner Wohnung in München erschossen.

München, 7. März. Der auf dem Lande in immer größerem Maße von allen möglichen Arten, nämlich Mergel, Kiesgrube, Organen, Heumücken und Kommissar geleiteter Nationalentscheidung, wodurch eine Befähigung der allgemeinen Versorgung mit Getreide und Mehl eingetreten ist, wird durch eine Verordnung der bayerischen Regierung, die dieser Tage erlassen, entgegengetreten. Die Verordnung wendet sich insbesondere an die Beamten.





